

Floris Biskamp

Kein Kommunitarismus, nirgends

Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel

Kosmopolitismus¹ und Kommunitarismus und Kommunitarismus und Kosmopolitismus. Wäre es nicht so abgedroschen, könnte man von einem umhergehenden Gespenst sprechen – oder besser gleich von zweien. Denn sobald es um den Abstieg der Volksparteien oder den Aufstieg der *Far Right*² geht, ist seit einigen Jahren eher früher als später von jener »neuen Cleavage« die Rede, die zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus verlaufen und die Ursache für all diese Transformationen sein soll. Auch Carsten Nickel spricht bei seinen Überlegungen über Krise und Zukunft der deutschen Sozialdemokratie laufend von kosmopolitischen und kommunitaristischen Gruppen. Dabei setzt er schlicht voraus, dass es sich dabei um aussagekräftige Kategorien handelt – und läuft damit trotz all seiner treffenden Beobachtungen und Argumente in eine Sackgasse.

In eine Sackgasse führt das Kosmopolitismus-Kommunitarismus-Paradigma, weil es mystifiziert: Es lässt Zusammenhänge erscheinen, wo keine bestehen, während reale Zusammenhänge unsichtbar werden. Die Probleme der SPD resultieren nicht daraus, dass sie in den letzten Jahrzehnten »zu kosmopolitisch« oder »progressiv-neoliberal« geworden wäre. Jeder Versuch, ihre aktuelle Schwäche durch eine »Rückbesinnung auf Traditionalismus« (Nickel) zu überwinden, mit der »kommunitaristisch« und »traditionalistisch« eingestellte Wähler*innen zurückgewonnen oder zumindest von der Hinwendung zu rechten Parteien abgehalten werden sollen, geht an den Ursachen der Krise vorbei. Ein solches Vorgehen wäre am ehesten dazu geeignet, große Teile derjenigen zu verprellen, die heute überhaupt noch eine Wahl der SPD in Erwägung ziehen. Was es statt einer Rückbesinnung auf Tradition bräuchte, wäre eine an Gegenwartsproblemen orientierte programmatische Ausrichtung mit Wiedererkennungswert, die Wähler*innen einen glaubwürdigen Grund zu der Annahme gibt, dass eine Stimme für die Partei etwas Positives bewirken kann.

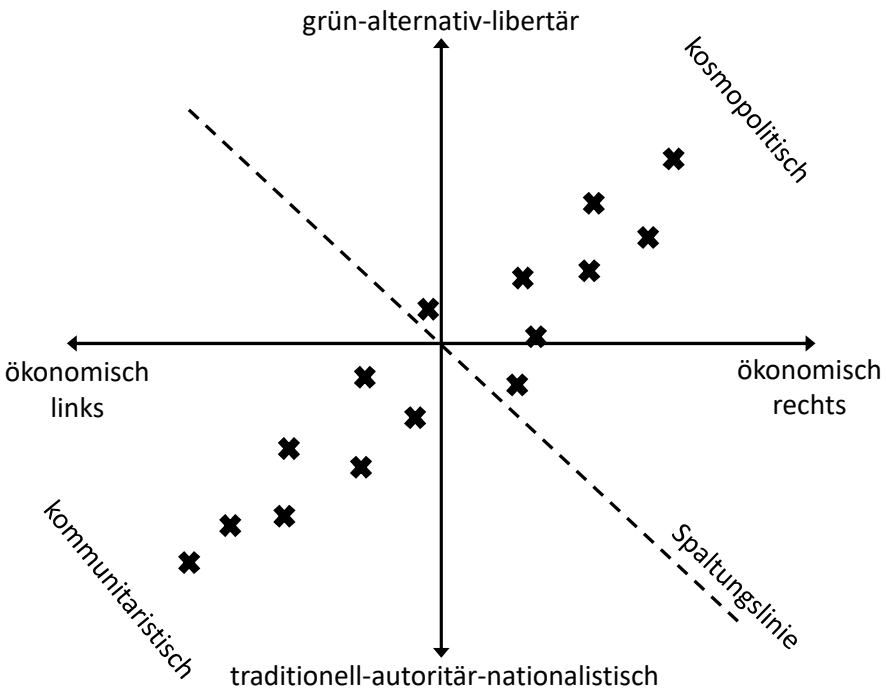
- 1 Ich danke Alban Werner, Marc Schraven, Heike Mauer, Paula Villa, Leo Fischer sowie allen am Tübinger Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität beteiligten Personen für die Diskussionen über die hier verhandelten Themen.
- 2 Ich nutze den Begriff der *Far Right*, um die ineinander übergehenden Strömungen der radikalen, extremen und populistischen Rechten zusammenzufassen. Zum Begriff vgl. Mudde 2019 b, S. 5–8.

Im Folgenden begründe ich zunächst meine Zweifel an der Existenz einer neuen *Cleavage* zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus sowie an der Sinnhaftigkeit beider Kategorien zur Thematisierung politischer Dynamiken (1). Danach skizziere (2) und kritisiere (3) ich die verwandte These, der zufolge das Problem in einer progressiv-neoliberal-identitätspolitischen Ausrichtung der SPD und einer dadurch entstandenen »kommunitaristischen« Repräsentationslücke bestehe, um abschließend darzulegen, warum die von Nickel vorgeschlagene Retraditionalisierung keinen Ausweg bildet (4) und welche Alternativen ich sehe (5).

1. Kein Kommunitarismus, nirgends – oder zumindest kein organisierter

Wollte man die oftmals behauptete neue Spaltungslinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus in das verbreitete zweidimensionale Schema politischer Orientierungen einzeichnen, so müsste sie diagonal verlaufen.

Abbildung 1: Ein fiktives politisches System, das entlang der Achse Kosmopolitismus-Kommunitarismus polarisiert ist (eigene Darstellung)



Üblicherweise werden auf der x-Achse ökonomische Orientierungen verzeichnet, die von »links« oder »prosozialistisch« zu »rechts« oder »prokapitalistisch« reichen, wobei erstere staatliche Regulierung und Umverteilung befürworten, letz-

tere dagegen ein freies Wirken der Marktkräfte und individuelle »Eigenverantwortung«. Auf der y-Achse werden soziokulturelle Orientierungen im GAL-TAN-Spektrum verzeichnet, von »grün-alternativ-libertär« (GAL) oben bis zu »traditionell-autoritär-nationalistisch« (TAN) unten. Kosmopolitismus müsste sich den einschlägigen Charakterisierungen³ zufolge durch die Befürwortung von ökonomischer, kultureller und politischer Globalisierung auszeichnen, also durch ökonomischen und kulturellen Liberalismus. Kommunitarismus dagegen müsste sich in einer gleichzeitigen Affirmation des Traditionellen, Autoritären und Nationalen sowie der umverteilenden Institutionen des nationalen Wohlfahrtsstaates zeigen. Demnach müsste Kosmopolitismus im zweidimensionalen Schema rechts oben stehen, Kommunitarismus links unten. Käme es zur Polarisierung entlang dieser Achse, müssten die Felder rechts oben und links unten stark, die Felder links oben und rechts unten dagegen nur schwach bevölkert sein.

Den bislang elaboriertesten Versuch, die Hypothese einer solchen Spaltung und Polarisierung empirisch zu prüfen, bildet die am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erstellte Studie *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*.⁴ Die Studie basiert auf Untersuchungen politischer Prozesse in den USA, Deutschland, Polen, der Türkei und Mexiko sowie innerhalb von Institutionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Die Autor*innen untersuchen unter anderem das *Claimsmaking* und die Positionierung von politischen Akteur*innen in der Öffentlichkeit. Sie finden diverse NGOs, Parteien und Institutionen, die sie als »kosmopolitisch« klassifizieren. Jedoch zeigt sich dabei auch, dass es einen einheitlichen Kosmopolitismus nicht gibt. Vielmehr stoßen die Autor*innen sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen auf ein Muster: »diejenigen, die Freihandel ablehnen, befürworten oft Migration«⁵ – und andersherum.⁶ Eine Faktoranalyse verweist auf zwei abgrenzbare »kosmopolitische« Richtungen: Einerseits gibt es Organisationen, die sich für Menschenrechte, Migration und Klimaschutz einsetzen, der ökonomischen Globalisierung aber neutral bis skeptisch gegenüberstehen; andererseits gibt es Organisationen, die Freihandel befürworten, aber kein ausgeprägtes Interesse an Menschenrechten, Migration und Klimaschutz zeigen.⁷ Auch wenn beide für eine Stärkung internationaler Institutionen eintreten, suggerieren diese Daten, dass die Lage eher verklärt als beschrieben wird, wenn man all diese Organisationen als »kosmopolitisch« zusammenfasst. Noch weniger Hinweise gibt es auf einen organisierten Kommunitarismus, der diesem uneinheitlichen Kosmopolitismus entgegenstünde.

3 Vgl. Merkel 2017, S. 11–12, 15–20; Koopmans, Zürn 2019, S. 3–7, 12–15; de Wilde, Junk, Palmtag 2019, S. 149, 171; Merkel, Zürn 2019, S. 208–219.

4 Vgl. de Wilde, Koopmans et al. 2019. Eine wirkliche Widerlegung der These von einer neuen *Cleavage* müsste auf die drei Ebenen Struktur, Ideologie und Organisation eingehen (vgl. Merkel, Zürn 2019, S. 208–219), was hier aus Platzgründen nicht möglich ist, ich aber an anderer Stelle nachholen werde.

5 Siehe de Wilde 2019, S. 100; Übersetzung F.B.

6 Vgl. ebd., S. 110.

7 Vgl. Koopmans 2019, S. 177–178.

Die Autor*innen können kaum kohärent kommunitaristische Akteur*innen ausmachen.⁸ Sie deuten zwar an, dass *Far Right*-Parteien diese Position übernehmen könnten, wenn sie ihren Nationalismus und Autoritarismus stärker mit sozioökonomisch »linken« Positionen verbänden.⁹ Allerdings zeigen neuere Untersuchungen zur wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der *Far Right* keinen einheitlichen Trend in diese Richtung.¹⁰

Statt der für die Bestätigung der Polarisierungsthese notwendigen positiven Korrelation zwischen der Befürwortung von ökonomischer und kultureller Globalisierung kommen die Autor*innen insgesamt zu dem Ergebnis, dass beide Dimensionen voneinander unabhängig sind. Die Befürwortung eines freien Flusses von Waren, Dienstleistungen und Kapital fällt gerade *nicht* systematisch mit der Befürwortung von Migration, Menschenrechten und Klimaschutz zusammen.¹¹ Die Autor*innen halten trotz alldem an ihrer These einer neuen *Cleavage* fest.¹² Unter anderem versuchen sie, diese durch eine Konstruktion zu retten, der zufolge Kosmopolitismus ein mehrdimensionales Phänomen sei.¹³ Jedoch scheint es unnötig umständlich, eine neue Spaltungslinie einzuführen, um dann einzuräumen, dass diese zweidimensional entlang orthogonaler Achsen polarisiert sein soll.

Plausibler und einfacher wäre es, am üblichen zweidimensionalen Schema festzuhalten, in dem ökonomische und kulturelle Positionierung systematisch getrennt sind – ein Schema, bei dem auch die Autor*innen der Studie immer wieder ankommen.¹⁴ Dann würde man Globalisierung nicht als Ursache und Gegenstand einer eigenständigen *Cleavage* zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus betrachten, sondern als einen heterogenen Komplex von politisch konfliktreichen Themen, zu denen sich die diversen Akteur*innen ihren Interessen und Ideologien entsprechend heterogen positionieren. Um diese Positionierung zu erklären, gibt es wesentlich einfachere und klarer zu handhabende Größen als die der vermeintlichen neuen *Cleavage* – worauf auch die Autor*innen immer wieder stoßen: Die ökonomische Positionierung bleibt stark durch Klasse bestimmt,¹⁵ die soziokulturelle Positionierung dagegen durch Bildung¹⁶ und Alter. Zudem legen einige Ergebnisse der Studie nahe, dass eine Positionierung für kulturelle Offenheit mit ökonomisch linken, eine Positionierung für Tradition und Schließung mit ökonomisch rechten Positionen verbunden ist, was dem Alltagsverständnis von

8 Vgl. Koopmans, Zürn 2019, S. 30; de Wilde 2019, S. 99–101; Koopmans 2019, S. 204.

9 Vgl. Koopmans 2019, S. 188, 202.

10 Vgl. Flecker et al. 2019; Rovny, Polk 2019; zur Erklärung vgl. Biskamp 2019 b.

11 Vgl. Koopmans 2019, S. 199.

12 Vgl. Merkel, Zürn 2019.

13 Vgl. Koopmans 2019, S. 175, 199–204; de Wilde 2019, S. 114.

14 Vgl. de Wilde, Junk, Palmtag 2019, S. 170; Koopmans 2019, S. 201.

15 Vgl. Koopmans 2019, S. 183, 201; Merkel, Zürn 2019, S. 212.

16 Vgl. Strijbis et al. 2019, S. 64; Wessels, Strijbis 2019, S. 76, 88; Merkel, Zürn 2019, S. 214.

links und rechts sehr nahekommt.¹⁷ Die Kategorien Kosmopolitismus und Kommunitarismus sind geeignet, eine politisch-philosophische Kontroverse der letzten Jahrzehnte zu beschreiben.¹⁸ Geht es dagegen darum, die gegenüber den 1950er Jahren zweifellos veränderten politischen Polarisierungsdynamiken politikwissenschaftlich oder politisch-soziologisch erfassen, ist ihr analytischer Nutzen fragwürdig.

2. Die »verlorene« Arbeiterklasse und die kommunitaristische Repräsentationslücke

Man könnte versuchen, die Kosmopolitismus-Kommunitarismus-These auch angesichts dieser Daten über politische Organisationen und Diskurse noch zu retten: Es wäre möglich, dass die Parteien und Organisationen die Bevölkerung schlecht repräsentieren. Dann bestünde in den Einstellungen der Bevölkerung eine Kosmopolitismus-Kommunitarismus-Polarisierung, für die es aber in der politischen Repräsentation keine Entsprechung gäbe. Dann existierten zwar kommunitaristische Milieus, die sich für ökonomische Umverteilung, Tradition, Autorität und geschlossene Grenzen aussprechen, aber keine Parteien, die bereit wären, sie zu repräsentieren – und somit eine handfeste Repräsentationslücke.¹⁹ Das Fehlen von Anzeichen für eine Kosmopolitismus-Kommunitarismus-*Cleavage* in der politischen Öffentlichkeit wäre dann Produkt einer asymmetrischen Mobilisierung (oder Demobilisierung) und ein massives demokratiepolitisches Problem.

Jedoch sind die Daten der WZB-Studie nicht dazu geeignet, diese Hypothese zu prüfen. Zwar zeigen die Autor*innen, dass kosmopolitische Orientierungen in den Eliten weiter verbreitet sind als in der Bevölkerung insgesamt.²⁰ Dies geschieht jedoch nur aufgegliedert nach den einzelnen Dimensionen, sodass offen bleibt, ob es in der Bevölkerung das gibt, was unter Organisationen kaum existiert: relevante kommunitaristische Cluster, die sozioökonomisch »links« und soziokulturell traditionell-autoritär eingestellt sind. Auch die Teilstudie über die Einstellungen der »Massen« bietet keinen Aufschluss, weil die ökonomische Dimension hier überhaupt nicht einbezogen wurde.²¹

Daher diskutiere ich diese Frage anhand einer Studie von Daniel Oesch und Line Rennwald.²² Diese gliedern die Bevölkerung in acht sozioökonomische Klassen auf, deren politische Orientierungen und Wahlverhalten sie untersuchen. Sie unterscheiden zwischen *service workers*, *production workers*, *clerks*, *sociocultural professionals*, *technical professionals*, *managers*, *large employers/self-employed*

17 Vgl. Strijbis et al. 2019, S. 54, 58, 63.

18 Vgl. Merkel, Zürn 2019, S. 209–213, 220–232.

19 Vgl. Merkel 2017, S. 19–23; de Wilde, Junk, Palmtag 2019, S. 144; siehe auch Nölke 2017, S. 75–100.

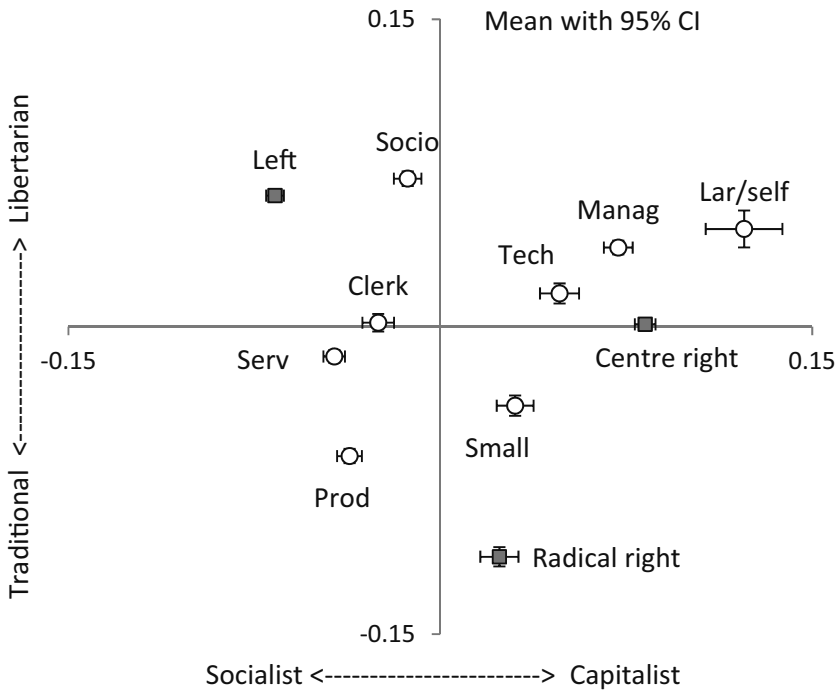
20 Vgl. Strijbis et al. 2019.

21 Vgl. Wessels, Strijbis 2019.

22 Vgl. Oesch, Rennwald 2018.

professionals sowie *small business owners*. Die Parteien andererseits teilen sie in drei Pole auf: linke Parteien (Entsprechung in Deutschland: SPD, Grüne, Die Linke), Mitte-Rechts-Parteien (Entsprechung in Deutschland: CDU und FDP) und radikale Rechtsparteien (Entsprechung in Deutschland: AfD). Ihre Ergebnisse, die auf Daten des European Social Survey von 2000 bis 2015 für neun europäische Länder basieren,²³ sind in der folgenden Darstellung repräsentiert.

Abbildung 2: Parteien und Berufsgruppen im tripolaren Wettbewerb²⁴



Blickt man auf die drei als dunkle Quadrate eingezeichneten Parteienpole, zeigt sich das Bild, das sich auch in den Ergebnissen der WZB-Studie andeutet: Ökonomisch links orientierte Parteien sind soziokulturell libertär. Eine dezidiert kommunitaristische Repräsentanz links unten gibt es ebenso wenig wie eine dezidiert kosmopolitische rechts oben – und somit erst recht keinen Hinweis darauf, dass eine entsprechende politische Polarisierung vorläge.

Schaut man allerdings auf die als weiße Kreise dargestellten Berufsgruppen, kann es auf den ersten Blick scheinen, als ob es tatsächlich den für eine Kosmopo-

23 Oesch und Rennwald haben alle Länder aus dem Survey einbezogen, in denen es im fraglichen Zeitraum einen entsprechenden Parteienwettbewerb gab: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

24 Oesch, Rennwald 2018, S. 795.

litismus-Kommunitarismus-Polarisierung charakteristischen Verlauf von links unten nach rechts oben gäbe. Dieser Eindruck ergibt sich jedoch vor allem durch die Gruppe der *large employers/self-employed professionals*, die nur drei Prozent der Bevölkerung ausmachen. Berücksichtigt man dies, sind zwar die Quadranten rechts oben und links unten immer noch besetzt, eine deutliche Polarisierung entlang der Kosmopolitismus-Kommunitarismus-Achse ist jedoch nicht zu erkennen.

Nichtsdestoweniger zeigt sich in der Grafik ein Indiz für die These von der Repräsentationslücke: Es gibt mit den Produktionsarbeiter*innen eine Gruppe, die sozioökonomisch »links« und soziokulturell traditionell eingestellt ist, aber keine Parteienfamilie, die eine entsprechende Repräsentation bietet. Zudem stellen Oesch und Rennwald fest, dass es um just diese Gruppe einen Wettbewerb zwischen linken und radikal rechten Parteien gibt,²⁵ was ebenfalls zur Repräsentationslückentheese passt.

Vollzieht man die Analyse mit den Daten der 9. Runde des European Social Survey für Deutschland aus dem Jahr 2018 nach, sind jedoch auch hier Einschränkungen zu machen: Das *relative* Verhältnis der Klassen zueinander entspricht weitgehend dem Bild von Oesch und Rennwald: Die Produktionsarbeiter*innen sind soziokulturell weniger progressiv eingestellt als alle anderen Gruppen, zählen zu den stärksten Befürworter*innen von ökonomischer Umverteilung und wählen überproportional häufig die AfD. Betrachtet man dagegen ihre *absolute* Positionierung zu den von Oesch und Rennwald genutzten Items für die soziokulturelle Achse, zeigt sich, dass die Produktionsarbeiter*innen im Mittel zwar weniger progressiv eingestellt sind als die anderen Gruppen, aber nicht dezidiert traditionalistisch-autoritär-nationalistisch. Auf der soziokulturellen Achse bewegen sie sich immer noch im positiven Bereich. Gliedert man genauer auf, zeigt sich eine deutliche Befürwortung von LGBT-Rechten, eine moderate Befürwortung weiterer europäischer Integration und eine moderate Ablehnung von Migration, die sich stärker auf die kulturellen als auf die ökonomischen Folgen bezieht.²⁶

Angesichts dieser Daten bleibt weiterhin unklar, welchen Mehrwert die Kategorien Kosmopolitismus und Kommunitarismus bieten. Vielmehr deuten die Ergebnisse wiederum an, dass die Kategorie der Klasse »very much alive and kicking«²⁷ ist, aber differenzierter betrachtet werden muss.

3. Die SPD war nie progressiv-neoliberal – und sie hat die Arbeiterklasse nicht durch das »Überhandnehmen« von »Minderheitenthemen« verloren

Jedoch steht außer Zweifel, dass die SPD in der Vergangenheit mehr Unterstützung aus Arbeiter*innenmilieus erhielt als heute. Ebenso ist festzuhalten, dass die AfD unter Arbeiter*innen überproportional stark abschnidet. Die Frage ist, wie

25 Vgl. ebd., S. 793; für ausführlichere Reflexionen dieses Sachverhalts mit etwas älteren Daten vgl. die Beiträge in Rydgren 2013.

26 Eigene Berechnungen auf Grundlage von Runde 9 des European Social Survey; vgl. Biskamp 2020.

27 Oesch, Rennwald 2018, S. 784.

man diese Sachverhalte deutet. Die Vertreter*innen der Kosmopolitismus-Kommunitarismus-These bieten ein Narrativ von kosmopolitischer Entfremdung an. Demnach habe die Sozialdemokratie einstmals die kommunitaristischen Milieus repräsentiert, sich dann aber von ihnen entfremdet, indem sie zunehmend kosmopolitisch geworden sei. Sie habe sich, so Wolfgang Merkel, immer stärker in Fragen von »neue[n] Lebensformen, gleichgeschlechtliche[n] Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter, Multikulturalismus und ökologische[n] Fragen« engagiert und dabei »die Verteilungsfrage«²⁸ aus den Augen verloren. Wie Sigmar Gabriel es ausdrückt: Die Partei habe ihre Bindung zu Arbeiter*innen durch ein »Überhandnehmen von Themen wie Schwulenrechte, Gleichstellungsrechte, Migration« verloren. Sie habe ökonomische und soziale Fragen vernachlässigt und »[s]tattdessen [...] Politik für Minderheiten gemacht. In der Hoffnung, die Summe der Minderheiten ergibt eine Mehrheit«.²⁹ Mit dieser Deutung sind auch die Diskurse um »progressiven Neoliberalismus«, »political correctness« und »Identitätspolitik« aufgerufen.³⁰ Jedoch erweist sie sich in Bezug auf die SPD als unhaltbar.

Nickel, Merkel und Gabriel stellen nicht im Detail dar, wie die Dynamiken ausgesehen haben sollen, in denen die SPD so große Mengen an politischem Kapital und Aufmerksamkeit in Themen wie LGBTIQ-Rechte, Migration, Ökologie oder Geschlechtergerechtigkeit investiert hatte, dass diese Themen soziale Fragen »an den Rand«³¹ drängten – diese Ablenkung müsste wohl noch einmal deutlich größer gewesen sein als die durch die Neue Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre, die ja keinen solchen Effekt hatte. Schaut man sich den Prozess, in dem die Sozialdemokratie »die Arbeiterklasse verloren« hat, genauer an, gibt es wenige Anzeichen dafür, dass es solche Dynamiken in der SPD je in erheblichem Ausmaß gab – oder dafür, dass die Partei jemals progressiv-neoliberal war. Die Gründe, aus denen die SPD weite Teile ihrer traditionellen Wähler*innenbasis »verloren« hat, sind zugleich fundamentaler und banaler.

Die Bindung zwischen SPD und Arbeiter*innen bestand nie in erster Linie darin, dass die Partei ihr Programm an den Einstellungsmustern proletarischer Milieus ausgerichtet hätte, die ihnen dann im Gegenzug ihre Stimmen gaben. Viel bedeutender war die direkte Anbindung der Partei an die Arbeiter*innenbewegung mit ihren Organisationen und ihrer Gegenöffentlichkeit. Entsprechend rekrutierten sich auch Parteifunktionär*innen aus diesen Milieus und waren dort verwurzelt.³² Dies spiegelte sich im Wahlverhalten deutlich wider, jedoch war es nie so, dass alle Arbeiter*innen sozialdemokratisch gewählt hätten – die Wahl für konservative Parteien und Nicht-Wahl waren jederzeit Teile der Normalität. Auch hat sich die SPD (zumal in der Nachkriegszeit) nie allein auf diese Basis verlassen,

28 Merkel 2017, S. 17.

29 Gabriel, zitiert nach Wenig 2019.

30 Vgl. Dowling et al. 2017; van Dyk, Graefe 2019; Huke 2019.

31 Merkel 2017, S. 17.

32 Vgl. Schmidt 2019, S. 353–359; Wannöffel 2019.

weil sie damit niemals mehrheitsfähig gewesen wäre – sie war immer auch auf im weiteren Sinne progressive Milieus sowie insbesondere auf Staatsbedienstete und Angestellte angewiesen.³³

Dass diese Bindung zwischen SPD und Arbeiter*innen seit den 1960er Jahren sukzessive nachließ, ist auf mehrere parallel ablaufende und teils miteinander verbundene Prozesse zurückzuführen. Erstens kam es insgesamt zu einer Abschwächung beziehungsweise Entdynamisierung der Arbeiter*innenbewegung und ihrer Gegenöffentlichkeit – dies geschah nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfolge, die mit einer »zähmenden« Einbindung in die Strukturen von Staat und Konzernen einhergingen.³⁴ Zweitens schrumpften Arbeiter*innenmilieus im engeren Sinne auch zahlenmäßig, was wiederum mit Erfolgen der »Aufstiegsgesellschaft« zusammenhing, die zahlreichen Arbeiter*innen und ihren Kindern einen Weg in die Mittelklassen ermöglichte. Dem entsprach drittens eine Veränderung innerhalb der Partei, deren Funktionär*innenschaft eine Akademisierung und Professionalisierung durchlebte und sich in immer geringerem Ausmaß aus Arbeiter*innenmilieus rekrutierte, was zu einer Entfremdung zwischen der Partei und Teilen ihrer einstigen Stammwähler*innen führte.³⁵

Daneben wurden seit den 1960er Jahren, getragen durch soziale Bewegungen der Neuen Linken, zunehmend gesellschaftspolitische Themen politisiert, die sich in der klassisch sozialdemokratischen Programmatik nicht berücksichtigt fanden. Dies führte zu einer Transformation der politischen Polarisierungsdynamiken, die nunmehr verstärkt entlang der GAL-TAN-Achse ausgerichtet war³⁶ – aber eben *nicht* entlang einer diagonalen Achse zwischen den Polen Kosmopolitismus und Kommunitarismus. Die SPD wurde zwar ebenfalls durch die neuen Themen geprägt, was die angesprochenen Entfremdungstendenzen verstärkte. Jedoch konnte die Partei diese Dynamiken und die Neue Linke nur begrenzt in sich aufnehmen, sodass neben ihr erst außerparlamentarische Bewegungen politisch wirksam wurden und sich dann mit den Grünen eine linke Konkurrenzpartei etablierte.³⁷ Im selben Zeitraum, aber zunächst weitgehend unabhängig vom Aufstieg der Neuen Linken und der Transformation politischer Polarisierung, fand als Reaktion auf politisch-ökonomische Krisenprozesse seit den 1970er Jahren ein Hegemoniewechsel in wirtschaftspolitischen Fragen statt, sodass der Keynesianismus seine Meinungsführerschaft an die Neoklassik beziehungsweise den Neoliberalismus verlor.³⁸

Gemeinsam führten diese Prozesse in den 1980er Jahren zu einer Schwächung und Krise sozialdemokratischer Parteien in ganz Europa. Zahlreiche Parteien ver-

33 Vgl. Mudde 2019b; Schmidt 2019, S. 360–362; Ehling 2019, S. 457; Abou-Chadi, Wagner 2019, S. 1407.

34 Vgl. Schmidt 2019, S. 354; Wannöffel 2019.

35 Vgl. Ehling 2019, S. 457.

36 Vgl. Kitschelt 2013, S. 247–249.

37 Vgl. Schmidt 2019, S. 361–364.

38 Vgl. ebd., S. 362–366; Puller 2019, S. 391; Nachtwey 2009, S. 173–177.

suchten, diese Krise durch eine Politik des »Dritten Weges« zwischen staatlicher Lenkung und Marktfreiheit zu überwinden. In Deutschland wurde diese »Marktsozialdemokratie«³⁹ durch Gerhard Schröders Politik der »Neuen Mitte« verkörpert. Dies ermöglichte der SPD – stark begünstigt durch eine Wechselstimmung gegen die Regierung Kohl – ein kurzzeitiges Wiedererstarken. Die Mehrheit der rot-grünen Regierung beruhte auf einer breiten Klassenkoalition, wobei große Teile der einstigen Stammilieus – integriert nicht zuletzt durch die Person Oskar Lafontaines – die Partei immer noch beziehungsweise kurzzeitig wieder unterstützten. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der so an die Macht gekommenen Regierung kann man mit guten Gründen als neoliberal bezeichnen – und sie trug weiter dazu bei, dass die Partei viele Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen »verlor«.

Jedoch war die rot-grüne Regierungszeit nicht dadurch geprägt, dass man sozial- und klassenpolitische Fragen *vernachlässigt* hätte, weil man sich zu sehr auf die Belange von Minderheiten konzentriert hätte. Vielmehr sah sich die Regierung aufgrund von konsistent niedrigen Wachstumsraten und hohen Arbeitslosenzahlen mit einer starken gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung konfrontiert, die zu überwinden für sie höchste politische Priorität hatte. Der hegemonialen Doktrin ihrer Zeit entsprechend versuchte sie dies – nach einem kurzen Machtkampf innerhalb der Sozialdemokratie, der mit dem Rücktritt Lafontaines endete – nicht mit keynesianischen, sondern mit neoklassischen Mitteln. Die dann auf den Weg gebrachten Agenda-Reformen mit ihrer »aktivierenden« Deregulierung des Arbeitsmarktes und dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherung bildeten ein offensiv nach außen kommuniziertes Kernstück rot-grüner Regierungspolitik. Diese Politik verstärkte die bestehende Entfremdung von ihren einstigen Stammilieus, deren Stimmen zunehmend zu den Nichtwähler*innen oder zu anderen Parteien abwanderten – unter anderem zur aus diesem Anlass gegründeten und später in der Linken aufgegangenen WASG.⁴⁰ Somit demonitierte die Schröder-SPD mit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik selbst einen Teil der Basis, die sie ins Amt brachte. Ein anderer Teil war allzu schnell bereit, zur unter Angela Merkel modernisierten Union zurückzuströmen, nachdem diese 2005 den »Umzug« der Neuen Mitte inszeniert hatte. Auch wenn Nickel auf die 40,9 Prozent der Bundestagswahl von 1998 verweist, wird sich die zugrundeliegende Situation nicht reproduzieren lassen – wenn man dies denn für wünschenswert hielte.

Es ist nicht einmal so, dass die SPD versucht hätte, diese Neuorientierung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen durch eine progressive Positionierung in soziokulturellen Fragen zu kaschieren. Im Bereich der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik steht die rot-grüne Regierungszeit nicht für einen entscheidenden progressiven Schub. Zwar wurden einige Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht und umgesetzt (zum Beispiel die Möglichkeit der eingetragenen Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare von 2001, Gleichstellungsgesetz von 2002). Betrachtet man diese jedoch im historischen Kontext, zeigt sich, dass es

39 Nachtwey 2009.

40 Vgl. Nachtwey 2009, S. 208–235; Puller 2019, S. 388–392; Schmidt 2019, S. 365–366.

auch in den letzten Jahren der Regierung Kohl entsprechende Reformen gab (etwa das Frauenfördergesetz 1994), die Regierungen Merkel gerade in der Zeit von Ursula von der Leyen als Frauen- und Familienministerin in diesem Bereich nicht weniger aktiv oder progressiv waren (zum Beispiel Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz 2006, Gesetz zur Elternzeit 2006) und es sich bei den entsprechenden Reformen vielfach um Umsetzungen von EU- und UN-Richtlinien handelte.⁴¹ Auch diskursiv wurde dieser Politikbereich von der SPD im Vergleich zur Wirtschafts- und Sozialpolitik keinesfalls als besonders wichtig herausgestellt – Gerhard Schröders »Gedöns«-Lapsus steht hierfür stellvertretend. In der Migrationspolitik stand der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts von 2000 das restriktive Zuwanderungsgesetz von 2004 entgegen. Daher fällt es schwer, die SPD dieser Zeit als »progressiv-neoliberal« einzustufen. Die so bezeichnete ideologische Formation existiert, aber sie war nie prägend für die deutsche Sozialdemokratie und ihre Krise. Gerhard Schröders »nicht alles anders, aber vieles besser« war nie Barack Obamas »Hope« und »Change«.

4. Strategische Optionen

Geht es um die Strategie, mit der die SPD ihre Krise überwinden soll, verteidigt Nickel eine »Rückbesinnung auf den Traditionalismus«, womit er vor allem eine Wiedereinbindung der »kommunitaristischen« Teile der alten Stammmilieus meint. Jedoch sagt er nicht genauer, was das programmatisch bedeuten sollte: Soll sich die SPD gegen die Ehe für alle positionieren, die eine breite Mehrheit der Bevölkerung und eine noch breitere Mehrheit ihrer Wähler*innen befürworten? Soll die Partei gemeinsam mit der AfD und dem rechten Rand der Union diskriminierende und inhumane Maßnahmen nach dem von Nickel wiederholt referenzieren dänischen Vorbild lancieren, für die sich in Deutschland ebenfalls keine Mehrheiten andeuten? Soll die Unterrepräsentanz von Frauen und Minderheiten in der Führungsebene der Partei wieder wachsen? Soll sich die Partei symbolisch volksnäher und traditioneller inszenieren? Soll die SPD zurück zu Schröder, Schmidt, Brandt, Wehner oder Schumacher? Ein bisschen von allem, ist wohl zu vermuten.

Jedenfalls grenzt sich Nickel polemisch gegen Cas Mudde sowie Tarik Abou-Chadi und Markus Wagner ab, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten gegen eine Fokussierung auf zur *Far Right* abgewanderte Wähler*innen und für eine soziokulturell progressive Strategie der Sozialdemokratie argumentieren. Mudde plädiert gegen einen obsessiven Bezug auf die »weiße Arbeiterklasse« sowie insbesondere gegen den Versuch, sie durch restriktive Migrationspolitik »zurückzugewinnen« – dies sei normativ falsch, gehe an den Ursachen für die Krise der Sozialdemokratie und den Aufstieg der Rechten vorbei und verspreche daher auch keine Erfolge. Die Argumentation von Abou-Chadi und Wagner zielt dagegen eher darauf, dass die Mehrzahl derer, die eine Wahl für sozialdemokratische Parteien überhaupt in Erwägung ziehen, progressive Einstellungen hegt und nur durch eine

41 Vgl. Lenz 2013; Botsch 2015.

progressive Positionierung zu gewinnen ist.⁴² Diesen Sachverhalt zieht Nickel nicht direkt in Zweifel, erhebt aber einen normativen und einen bündnisstrategischen Einwand gegen die vorgeschlagene Strategie.

4.1 Normative Perspektive

Normativ kritisiert Nickel die Vorschläge von Mudde, Abou-Chadi und Wagner als einseitige »Klientelpolitik« für progressive Milieus. Seine eigene Gegenposition besteht im Wesentlichen in der Forderung, dass die SPD wieder eine breitere und diversere Wähler*innenschaft ansprechen solle, indem sie und das »gebildet-liberale Bürgertum [...]« aufhören, sich »abzuschotten von denen, die eher kommunitaristische Vorstellungen von Gesellschaft haben«.⁴³ Nicht nur ist zweifelhaft, dass eine solche Abschottung überhaupt das Problem ist,⁴⁴ Nickels Forderung ist auch normativ ungefähr so entleert und formal, wie er es Mudde, Abou-Chadi und Wagner vorwirft.

Will man die von Nickel somit zu Recht aufgeworfene, aber zugleich weitgehend offengelassene Frage beantworten, könnte man das normative Projekt der Nachkriegs-SPD bei all ihren Transformationen⁴⁵ mit einigen Idealisierungen so fassen, dass sie kapitalistische Dynamiken durch staatliche Politik in einer Weise rahmen will, die allen eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe bietet. Dies impliziert eine Politik, die einerseits Wachstum und Profite garantiert, andererseits aber allen einen Weg eröffnet, um – vorzugsweise durch Arbeit und Bildung – ein Leben in Würde und Sicherheit erreichen zu können.

Vor diesem normativen Hintergrund kann man die von Abou-Chadi und Wagner angebotene, merklich an Blairs New Labour⁴⁶ orientierte strategische Perspektive in der Tat für fragwürdig halten: Diese sehen den besten Weg zum Erfolg für Mitte-Links Parteien darin, eine progressive Politik in soziokulturellen Fragen mit einer investitionsorientiert-aktivierenden Sozialpolitik (Kinderbetreuung, Bildung) zu kombinieren. Dies könne erfolgreich sein, solange keine zu starken Gewerkschaften im Land aktiv seien, die ihre Mitglieder für eine eher konsumori-

42 Vgl. Abou-Chadi, Wagner 2019; Mudde 2019 b.

43 Vgl. Nickel in diesem Heft.

44 Nickel nennt keine Belege für die These einer antikommunitaristischen Abschottung. Es ist zweifelhaft, dass sie sich für die SPD diagnostizieren lässt. Die Wähler*innenschaft der SPD geht aktuell quer durch die sozialen Klassen: Nimmt man Runde 9 des European Social Survey von 2018 und das Klassenschema von Oesch zur Grundlage, ist die SPD ausschließlich bei der zahlenmäßig sehr kleinen Klasse der Unternehmer*innen und Selbstständigen deutlich unterrepräsentiert, bei allen anderen Klassen kommt sie auf Ergebnisse zwischen 15 Prozent und 25 Prozent. Auch sind die Wähler*innen der SPD auf der GAL-TAN-Achse kaum progressiver eingestellt als der gesellschaftliche Durchschnitt (eigene Berechnungen auf Grundlage von Runde 9 des European Social Survey; vgl. Biskamp 2020).

45 Vgl. Schmidt 2019; Nachtwey 2009, S. 129–172, 208–235.

46 Vgl. Nachtwey 2009, S. 184–208; Puller 2019, S. 388–392.

entiert-sichernde Sozialpolitik (Umverteilung, Regulierung) mobilisieren.⁴⁷ Eine solche sozialpolitische Orientierung für Investition und gegen Sicherung scheint im skizzierten normativen Rahmen problematisch, denn das gerade in Arbeiter*innenmilieus verbreitete Bedürfnis nach sozialer Sicherheit ist vor diesem Hintergrund betrachtet absolut legitim.⁴⁸ Noch fragwürdiger wirkt, dass Gewerkschaften, die dieses Sicherheitsbedürfnis artikulieren, im Artikel von Abou-Chadi und Wagner geradezu als Hindernis für erfolgreiche sozialdemokratische Politik erscheinen. Für Länder, in denen Gewerkschaften stark sind, bietet das Paper der beiden keine Perspektive.

Aber welche Folgerungen ergeben sich aus dieser normativen Perspektive für soziokulturelle Fragen? Heterosexismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus usw. sind als Strukturen zu verstehen, die gesellschaftliche Gruppen von sozialer Teilhabe ausschließen. Ihre Bekämpfung erscheint daher vor dem Hintergrund des skizzierten normativen Rahmens als dringliche Aufgabe und nicht als »Klientelpolitik« oder unnötige Ablenkung von den wirklich wichtigen Fragen. Umso befremdlicher ist auch Wolfgang Merkels Darstellung, in der diese Fragen lediglich als ein Feld erscheinen, auf dem kosmopolitische Eliten willkürlich Dominanz ausüben. Er spricht von einer »Diskursverengung«, bei der »Themen und Begriffe [...] argwöhnisch auf ihre moralische Zulässigkeit geprüft und gegebenenfalls auf einen politisch-moralischen Index gesetzt« würden, was den »Rechtspopulisten fahrlässig den Kampfbegriff der politischen Korrektheit geliefert« habe.⁴⁹ Damit wird nicht nur die Relevanz der genannten Marginalisierungsverhältnisse und ihrer Bekämpfung infrage gestellt, sondern auch die naheliegende Deutung verdrängt, dass es sich bei den Diskursen um »Political Correctness« und beim Aufstieg der *Far Right* um einen *Backlash* zur Verteidigung dieser Verhältnisse handelt.⁵⁰ Freilich bleibt viel Spielraum bezüglich der Frage, wie stark die entsprechende Positionierung ausfällt und welches Gewicht ihr im Verhältnis zu anderen Themen beigemessen wird. Dass eine sozialdemokratische (oder sozialistische oder linke oder grüne) Partei auf der GAL-TAN-Achse entschieden in der oberen Hälfte stehen sollte, scheint aber normativ geboten. Dass eine solche Positionierung deshalb als »kosmopolitisch« einzustufen wäre, ist dagegen zweifelhaft.

In Fragen der Migration ist die Lage etwas komplizierter, weil sich hier – anders als etwa bei der Ehe für alle – argumentieren lässt, dass ein *Trade-off* zwischen offenen Grenzen und wohlfahrtstaatlicher Sicherung besteht.⁵¹ Diese Argumentation ist wissenschaftlich umstritten, aber vertretbar. Folgte man ihr, wäre die Forderung nach einer staatlichen Politik, die durch Umverteilung und Arbeitsmarkt-

47 Vgl. Abou-Chadi, Wagner 2019, S. 1415–1417.

48 Vgl. Reif-Spirek 2018, S. 8.

49 Vgl. Merkel 2017, S. 17; siehe auch Merkel, Zürn 2019, S. 219, Fußnote 2, 233.

50 Vgl. Dowling et al. 2017; van Dyk, Graefe 2019; Huke 2019; sowie den Beitrag von Karsten Schubert in diesem Heft.

51 Vgl. Nölke 2017, S. 33–40, 188–201.

regulierung allen einen Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe öffnet, ohne eine gewisse Eingrenzung des »alle« nicht realisierbar – wobei diese Eingrenzung eine »kontrollierte« Zuwanderung oder »Mitmenschlichkeit auch für Geflüchtete«⁵² nicht ausschlosse. Unter anderem aus diesem Grund wird in der WZB-Studie eine Kompromissposition zwischen kommunitaristischer Schließung und kosmopolitischer (und menschenrechtspolitischer) Öffnung befürwortet.⁵³ Allerdings ist es nicht so, als ob die SPD eine *Open-Borders*-Position hätte, die sie nun revidieren müsste, um zu dieser goldenen Mitte zu gelangen. Die WZB-Studie behauptet zwar, dass sich alle Parteien außer der *Far Right* zu offenen Grenzen bekennen,⁵⁴ jedoch ist diese Aussage nur haltbar, wenn man eine *sehr* niedrige Schwelle für »Offenheit« ansetzt. In Bezug auf Asylpolitik unterstützte beziehungsweise initiierte die SPD den Asylkompromiss von 1992, das restriktive Zuwanderungsgesetz von 2004, alle Asylpakete der letzten Jahre, den EU-Türkei-Deal und die verfassungsrechtlich fragwürdige Obergrenze für Fluchtmigration im Koalitionsvertrag von 2019. In Bezug auf die innereuropäische Migration machte die rot-grüne Bundesregierung anders als die Blair-Regierung im Rahmen der EU-Osterweiterung 2004 von der Möglichkeit Gebrauch, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für einen Übergangszeitraum einzuschränken. Vor allem weist wenig darauf hin, dass die Immigration der letzten Jahre den deutschen Wohlfahrtsstaat oder Arbeitsmarkt an eine Belastungsgrenze gebracht hätte, jenseits derer Umverteilung und Regulierung unmöglich würden.

Normativ spricht also wenig für eine Retraditionalisierung im Sinne einer konservativeren Position in soziokulturellen Fragen oder einer restriktiveren Migrationspolitik.⁵⁵

4.2 Bündnisstrategische Perspektive

Nickels bündnisstrategisches Argument richtet sich gegen politikwissenschaftliche Ratschläge, die auf Grundlage quantitativer Daten bloß fragen, mit welcher programmatischen Ausrichtung die SPD kurzfristig die meisten Stimmen gewinnen könnte, und mit dieser Argumentation eine progressive Orientierung empfehlen. Im Kern verweist Nickel dabei auf ein *Collective-Action*-Dilemma unter linken Parteien: Wenn SPD, Grüne und Linke ihr größtes Potenzial gleichermaßen unter progressiven Milieus finden und sie sich deshalb allesamt zu ähnlichen Positionen bewegen, begeben sie sich in einen wechselseitigen Verdrängungswettbewerb um eine begrenzte Zahl von Wähler*innen. Damit wären andere Milieus den Parteien der gemäßigten Rechten und der *Far Right* überlassen – oder blieben als Nicht-

52 Nölke 2017, S. 188.

53 Vgl. Merkel, Zürn 2019, S. 213.

54 Vgl. ebd., S. 213, 216.

55 Darüber hinaus wäre auf Europa- und Umweltpolitik einzugehen, die normativ wie strategisch erhebliche Herausforderungen bieten. Auch hier verspricht eine Entgegensetzung von Kosmopolitismus und Kommunitarismus aber keinen Erkenntnisgewinn. In klimapolitischen Fragen spielen die Stadt-Land-*Cleavage*, Klassenfragen und Alter sehr viel wichtigere Rollen.

wähler*innen unrepräsentiert. Wenn es aber keiner der linken Parteien gelinge, auch diese anders-als-progressiven Milieus anzusprechen, könne ein linkes Bündnis nie mehrheitsfähig werden. Die Retraditionalisierung der SPD soll traditionalistisch gesonnene Arbeiter*innen, die heute nicht oder AfD wählen, mobilisieren und in ein mehrheitsfähiges Linksbündnis integrieren.⁵⁶

Wie jedoch Mudde in dem von Nickel zurückgewiesenen Text darlegt, ist es aus mehreren Gründen zweifelhaft, dass die Sozialdemokratie an die AfD »verlorene« Arbeiter*innenmilieus »zurückgewinnen« kann, indem sie sich stärker traditionell ausrichtet. Erstens wählt nur eine Minderheit der Arbeiter*innen AfD – und nur eine Minderheit der AfD-Wähler*innen sind Arbeiter*innen. Zudem sind zahlreiche Arbeiter*innen selbst queer oder von Rassismus betroffen, weshalb eine traditionalistischere Positionierung die Interessen vieler Arbeiter*innen verletzen und zu entsprechenden Stimmverlusten führen würde. Die viel plausibler »zurückzugewinnende« und in ein Linksbündnis zu integrierende Gruppe sind diejenigen, die die SPD an die Nichtwähler*innen »verloren« hat. Dies wird jedoch kaum durch eine soziokulturell traditionalistische oder »kommunitaristische« Ausrichtung zu erreichen sein. Die Nichtwähler*innen sind zwar weniger progressiv eingestellt als der gesellschaftliche Durchschnitt, stehen LGBTIQ-Rechten, Migration und europäischer Integration aber im Mittel immer noch neutral bis positiv gegenüber.⁵⁷ Daher ist es nicht plausibel, dass sie durch eine traditionalistische Ausrichtung zu gewinnen sind.

Zweitens hat die SPD die Zustimmung in den Arbeiter*innenmilieus in erster Linie nicht durch eine zu progressive Politik in soziokulturellen Fragen »verloren«, sondern dadurch, dass sie erst die organisatorische und lebensweltliche Anbindung an diese Milieus verlor und dann eine Wirtschafts- und Sozialpolitik gegen deren Interessen verfolgte. Entsprechend liegt es viel näher, die »Rückgewinnung« auf diesem Terrain anzustreben – auch wenn sich die alte Form der Bindung kaum in Gänze wiederherstellen lässt. Drittens weisen verschiedene Studien darauf hin, dass die AfD in zunehmendem Maße nicht aus Protest, sondern aus (rassistischer, autoritärer) Überzeugung gewählt wird.⁵⁸ In den Themen, die diese Bindung herstellen, kann die AfD für ihre Positionen *Ownership* beanspruchen. So wie kaum damit zu rechnen ist, dass die SPD durch ein radikales klimapolitisches Programm viele Wähler*innen von den Grünen abwirbt, wird sie durch ein noch so restriktives migrationspolitisches Programm nicht viele Wähler*innen von der AfD abwerben können – ebenso wie die dänische Sozialdemo-

56 Von Parteien zu verlangen, vorausschauend im kollektiven Interesse einer potenziellen Mitte-Links-Koalition zu denken, ist spieltheoretisch anspruchsvoll (vgl. Biskamp 2019 a, S. 95–96). Sollte es jedoch einer Partei gelingen, die Arbeiter*innenschaft in Industrie und Dienstleistung als sichere Basis zu gewinnen, wären ihr ca. 20 Prozent der Stimmen sicher, was angesichts der Fragmentierung des Parteiensystems bereits viel wäre – auch wenn dieser Bevölkerungsanteil weiter sinken dürfte. Vgl. Ehling 2019, S. 461.

57 Eigene Berechnungen auf Grundlage von Runde 9 des European Social Survey von 2018; vgl. Biskamp 2020.

58 Vgl. Decker et al. 2018, S. 93–94; Bieber et al. 2018.

kratie kaum Stimmen von der Dänischen Volkspartei gewann. Solange das Thema Klima salient ist (also die öffentlichen Debatten bestimmt), werden die ökologisch Eingestellten grün wählen; solange das Thema Migration salient ist, werden migrationsfeindlich eingestellte Wähler*innen AfD wählen.⁵⁹ Diese Zusammenhänge können Parteien durch programmatische Neuausrichtungen nur sehr schwer und langsam oder in Ausnahmesituationen beeinflussen.⁶⁰

Somit stellt sich auch der Aufstieg der AfD weitaus banaler dar, als es die Kosmopolitismus-Kommunitarismus-These vermuten ließe: Die Gesellschaft ist im Lauf der letzten Jahre soziokulturell zunehmend liberal geworden. Weil diese Liberalisierung im Grundsatz von einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird, richten sich auch die meisten Parteien entsprechend aus. Die AfD wird dagegen von der schrumpfenden Minderheit gewählt, die diese Entwicklungen ablehnt. Die besonders autoritär, traditionell und nationalistisch Eingestellten werden somit derzeit von der AfD repräsentiert – und dürften für die SPD durch keine realistische Politik gewonnen werden. Die nur etwas *weniger progressiv* Eingestellten dagegen könnte die SPD gewinnen – vor allem von den Nichtwähler*innen – aber gerade nicht durch Traditionalismus.

5. Was bleibt?

Die SPD hat in den letzten 20 Jahren nach allen Seiten Wähler*innen verloren, und auf allen Seiten stehen Parteien, mit denen sie konkurriert. Daher gibt es keine einfache strategische Perspektive, die Erfolge garantieren könnte – weder eine Linkswende noch eine Rechtswende noch eine Liberalisierung noch eine Retraditionalisierung. Was die SPD mehr als alles andere braucht, sind saliente Themen, mit denen die Partei identifiziert und bei denen sie als kompetent erachtet wird. Das wichtigste mit der SPD assoziierte Thema war lange »soziale Gerechtigkeit« – jedoch hat die SPD hier durch die Agenda-Reformen deutliche Glaubwürdigkeitsverluste hinnehmen müssen. Zwar hat sie in den letzten Jahren innerhalb der Großen Koalition einige Gesetzesinitiativen durchsetzen können, die wieder zu einer stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes beitragen und in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen.⁶¹ Jedoch konnte sie davon kaum profitieren. Dies liegt nicht zuletzt an der depolitisierenden Mitte-Politik der Merkel-CDU,⁶² die es der SPD schwer macht, sichtbar Themen gegen die Union zu setzen – zumal innerhalb einer Großen Koalition. Um diese Situation zu überwin-

59 Vgl. Mudde 2019 a, S. 110, 121, 165–166.

60 Vgl. Kitschelt 2013, S. 237.

61 Vgl. Wanöffle 2010, S. 382–383.

62 Vgl. Ehling 2019, S. 457. Diese Strategie ermöglicht es der Union, seit dem »Umzug« der »Neuen Mitte« 2005 die Position der Partei einzunehmen, die »mit Maß und Mitte« einfach nur »vernünftige« Politik macht. Zwar ist offen, wie lange dies über Angela Merckels Zeit hinaus der Fall bleibt, jedoch kann die SPD nicht darauf zählen, diesen Platz zurückzuerobieren – gerade weil die Neue-Mitte-Politik für die Partei mittelfristig desaströs war.

den, müsste die SPD auch ein programmatisches Narrativ schaffen, das die einzelnen Maßnahmen zu einem größeren Projekt vereint und Wähler*innen einen Grund zur Annahme gibt, dass eine Stimme für die Partei etwas Positives bewirken kann – dem könnte sicher auch Nickel zustimmen.⁶³ Der »Schulz-Hype« von 2017 konnte zwar nur für kurze Zeit den Eindruck erwecken, es gäbe dieses Narrativ. Dennoch ermöglicht er eine Abschätzung des erreichbaren Wähler*innenpotenzials: In den Umfragen erreichte die SPD knapp über 30 Prozent. Zur selben Zeit fiel auch die AfD von deutlich über auf deutlich unter zehn Prozent zurück – und das, ohne dass Schulz ihre Positionen übernommen hätte oder von seinem sehr deutlich artikulierten Antifaschismus zurückgewichen wäre.

Um dieses Potenzial längerfristig zu aktualisieren, bedürfte es jedoch, anders als Nickel vermutet, keiner Retraditionalisierung, sondern eines programmatischen Projekts, das Wiedererkennungswert hat und saliente Fragen der Zeit aufgreift. Hier scheint eine gut begründete Abkehr von der Schwarzen Null, gepaart mit dem Versprechen einer wachstumsgenerierenden »grünen« Infrastrukturpolitik sowie sozialer Umverteilung, eine mögliche Perspektive. Dies könnte Abgrenzung von den anderen Parteien im Parlament bieten – gegenüber der Union durch den Angriff auf die Schwarze Null, gegenüber den Grünen durch die Betonung von Kompetenz im sozialen Bereich.⁶⁴ Die »traditionellen« sozialdemokratischen Milieus könnten von einer solchen Politik stärker profitieren als von jeder Retraditionalisierung – und möglicherweise sind sie von den »progressiven« Positionen der Partei nicht ganz so schnell überfordert und abgestoßen, wie manche es glauben mögen.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik; Wagner, Markus 2019. »The Electoral Appeal of Party Strategies in Post-industrial Societies: When Can the Mainstream Left Succeed?«, in *The Journal of Politics* 81, 4, S. 1405–1419.
- Bieber, Ina; Roßteutscher, Sigrid; Scherer, Philipp 2018. »Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?«, in *Politische Vierteljahresschrift* 59, 3, S. 433–461.
- Biskamp, Floris 2019 a. »Six Theories and Six Strategies Concerning Right-Wing Populism«, in *Europe at the Crossroads: Confronting Populist, Nationalist and Global Challenges*, hrsg. v. Bevelander, Pieter; Wodak, Ruth, S. 93–112. Lund: Nordic Academic Press.
- Biskamp, Floris 2019 b. »Ungleicher und kombinierter Populismus in der Europäischen Union. Ein theoretisches Modell der Interdependenz populistischer Erfolge in Europa«, in *Populismus – Aufklärung – Demokratie*, hrsg. v. Mayer, Ralf; Schäfer, Alfred, S. 113–139. Baden-Baden: Nomos.
- Biskamp, Floris 2020. *Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. Einige Daten aus Runde 9 des European Social Survey*. http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd (Zugriff vom 03.02.2020).

63 Vgl. Puller 2019, S. 394–305.

64 Eine solche Strategie wäre wohl wiederum auf eine direktere Anbindung an Bewegungen, Gegenöffentlichkeit und Lebenswelten angewiesen, als sie für die SPD aktuell verfügbar ist (vgl. Ehling 2019, S. 456). Ob die Partei dies noch einmal ändern kann, ist ungewiss.

- Botsch, Elisabeth 2015. *Gleichstellungspolitik in Deutschland. Eingehende Analyse*. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Brähler, Elmar 2018. »Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, hrsg. v. Decker, Oliver; Brähler, Elmar, S. 65–116. Gießen: Psychosozial.
- de Wilde, Pieter 2019. »Mapping Polity Contestation about Globalization. Issue Linkage in the News«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 89–116. Cambridge: Cambridge University Press.
- de Wilde, Pieter; Junk, Wiebke; Palmtag, Tabea 2019. »Globalization Conflict in International Assemblies: Cleavage Formation beyond the State?«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 144–172. Cambridge: Cambridge University Press.
- de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael 2019. *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie 2017. »Rückkehr des Hauptwiderspruchs?«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 47, 188, S. 411–420.
- Ehling, Jannis 2019. »Die deutsche Sozialdemokratie vor dem Untergang. Zerrieben zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus?«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49, 3, S. 455–462.
- Flecker, Jörg; Hentges, Gudrun; Gracjar, István; Altreiter, Carina; Schindler, Saskja 2019. »Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage. Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden«, in *WSI-Mitteilungen* 72, 3, S. 212–219.
- Huke, Nikolai 2019. »Neoliberale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49, 4, S. 631–644.
- Kitschelt, Herbert 2013. »Social Class and the Radical Right: Conceptualizing Political Preference Formation and Partisan Choice«, in *Class Politics and the Radical Right*, hrsg. v. Rydgren, Jens, S. 224–251. London: Routledge.
- Koopmans, Ruud 2019. »Who Are the Cosmopolitans and the Communitarians? Claims-Making across Issues, Polity Levels and Countries«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 173–204. Cambridge: Cambridge University Press.
- Koopmans, Ruud; Zürn, Michael 2019. »Cosmopolitanism and Communitarianism. How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 1–34. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lenz, Ilse 2013. »Frauen und Politik – von der Frauenpolitik zur Geschlechterpolitik?« *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 7., vollständig aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202023/frauen-und-politik-von-der-frauenpolitik-zur-ge-schlechterpolitik?p=all> (Zugriff vom 27.01.2020)
- Merkel, Wolfgang 2017. »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie«, in *Parties, Governments and Elites*, hrsg. v. Harfst, Philipp; Kubbe, Ina; Poguntke, Thomas, S. 9–23. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang; Zürn, Michael 2019. »Conclusion: The Defects of Cosmopolitan and Communitarian Democracy«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 207–237. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde 2019 a. *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.

- Mudde 2019 b. »Why Copying the Populist Right Isn't Going to Save the Left«, in *The Guardian* vom 14. Mai 2019. www.theguardian.com/news/2019/may/14/why-copying-the-populist-right-isnt-going-to-save-the-left (Zugriff vom 03.01.2020).
- Nachtwey, Oliver 2009. *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nölke, Andreas 2017. *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*. Frankfurt a. M.: Westend.
- Oesch, Daniel; Rennwald, Line 2018. »Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting for the Left, Centre-Right and Radical Right«, in *European Journal of Political Research* 57, 4, S. 783–807.
- Puller, Armin 2019. »Grenzen der postblairistischen Konstellation«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49, 3, S. 387–406.
- Reif-Spirek, Peter 2018. »Die SPD in der GroKo-Falle«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2018, S. 5–8.
- Rydgren, Jens 2013. *Class Politics and the Radical Right*. London: Routledge.
- Schmidt, Ingo 2019. »Marx, Keynes, Hayek und die SPD«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49, 3, S. 353–369.
- Strijbis, Oliver 2019. »Who ist the Most Frequent Traveller? The Cosmopolitanism of National, European and Global Elites«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 119–143. Cambridge: Cambridge University Press.
- Strijbis, Oliver; Teney, Céline; Helbling, Marc 2019. »Why Are Elites More Cosmopolitan than Masses?«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 37–64. Cambridge: Cambridge University Press.
- van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie 2019. »Wer ist schuld am Rechtspopulismus? Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: eine Kritik«, in *Leviathan* 47, 4, S. 405–427.
- Wannöffel, Manfred 2019. »Umbruch der Produktionsweise und die Krise des sozialdemokratischen Modells«, in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 49, 3, S. 371–386.
- Wenig, Peter 2019. »Sigmar Gabriel zerstört in Hamburg die SPD – und verweist auf die AfD«, in *Hamburger Abendblatt* vom 29. November 2019. www.abendblatt.de/hamburg/article227780211/Sigmar-Gabriel-Fuer-die-SPD-ist-die-Zukunft-eine-Zumutung.html (Zugriff vom 03.01.2020).
- Wessels, Bernhard; Strijbis, Oliver 2019. »Mass Opinions: Globalization and Issues as Axes of Contention«, in *The Struggle Over Borders: Cosmopolitanism and Communitarianism*, hrsg. v. de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael, S. 65–88. Cambridge: Cambridge University Press.

Zusammenfassung: Verschiedene Autor*innen versuchen, den Abstieg der Volksparteien und den Aufstieg der *Far Right* durch das Entstehen einer neuen *Cleavage* zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus zu erklären. Die Sozialdemokratie habe sich zu kosmopolitisch oder progressiv-neoliberal ausgerichtet und damit die Arbeiterklasse verloren. Im Beitrag wird dieses Narrativ als mystifizierend und irreführend kritisiert.

Stichworte: Kosmopolitismus, Kommunitarismus, SPD, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus

No Communitarianism, Nowhere. A Turn Towards Traditionalism Won't Save Social Democracy. A Reply to Carsten Nickel

Summary: A number of authors try to explain the decline of catch-all parties and the rise of the far right by constructing a new cleavage between cosmopolitanism and communitarianism. Social Democrats supposedly aligned themselves too strongly with cosmopolitanism and progressive neoliberalism thereby losing the working class. The article criticizes this narrative as mystifying and misleading.

Keywords: cosmopolitanism, communitarianism, SPD, far right, radical right

Autor

Floris Biskamp
Universität Tübingen
Promotionskolleg Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität
Gartenstraße 29
72074 Tübingen
floris.biskamp@uni-tuebingen.de